



# HESSISCHER LANDTAG

18/3640  
25.01.11/12

## Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

PK

betreffend Bekenntnis zu Freiheit, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft und Distanzierung von abwegigen Vorstellungen der Landtagsabgeordneten Ypsilanti und der Bundesvorsitzenden der Linken Löttsch

### Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich nachdrücklich zu Freiheit, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft als den Grundpfeilern für die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Freiheit und Demokratie sind die großen Errungenschaften unserer Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Die soziale Marktwirtschaft ist als freiheitliche Wirtschaftsordnung untrennbar mit dem Leitbild einer freiheitlichen und demokratischen Grund- und Werteordnung verbunden und dieser verpflichtet. Die soziale Marktwirtschaft als wirtschaftliches Kernelement unserer demokratischen Grundordnung ist ein wesentlicher Garant für Freiheit und Wohlstand.
2. Der Landtag erneuert seine Feststellung, dass sich der erfolgreiche Prozess der Demokratisierung Deutschlands nach den Schrecken der nationalsozialistischen Diktatur wesentlich auch auf die Einführung der sozialen Marktwirtschaft gründet. Sie ist, war und bleibt die wirtschaftspolitische Umsetzung der gesellschaftlichen Forderung nach Freiheit und Eigenverantwortung und die Antwort auf die Herausforderungen der globalisierten Welt.
3. Der Landtag lehnt den Kommunismus und alle seine Vorstufen, insbesondere die Diktatur des Proletariats und andere sozialistischen und kollektivistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle ab. Millionen Opfer kommunistischer und sozialistischer Diktaturen sind mahnende Beispiele für das Scheitern solch menschenverachtender Systeme. Aus der Erfahrung unserer eigenen jüngeren Geschichte mit dem Unrechtsstaat DDR sind wir als Deutsche in besonderer Weise dazu aufgerufen, vor den Gefahren sozialistischer Gesellschaftsmodelle zu warnen. Alle Erfahrungen zeigen, dass auf die Verstaatlichung der Wirtschaft die Verstaatlichung des Denkens und der Verlust der Freiheit folgen. Mehr als 1000 Tote durch die innerdeutsche Grenze, bis zu 100 000 Verhaftungen wegen Fluchtversuchs und mehr als 200 000 politische Gefangene zeigen die unerbittliche Konsequenz, mit der die SED ihr Unrechtssystem durchsetzte und Widerstand brach. Unsere eigene Geschichte hat uns gelehrt: Der demokratische Sozialismus ist eine Chimäre. Freiheit und Sozialismus schließen sich aus.
4. Der Landtag distanziert sich vor diesem Hintergrund von den Äußerungen der Bundesvorsitzenden der Partei „DIE LINKE.“, Gesine Löttsch, erschienen in der Zeitung „Junge Welt“ vom 3. Januar 2011 und dem darin enthaltenen Aufruf, neue „Wege zum Kommunismus auszuprobieren“ und mit Hilfe „gesellschaftsverändernder radikaler Realpolitik“ den „demokratischen Sozialismus in unsere Gesellschaft hineinzupressen“. Wer positiv von einer mit unsäglichem Leid und Unterdrückung verbundenen Ideologie spricht, verletzt die Grundfesten unserer aufgeklärten, freiheitlich-demokratischen Grundordnung.
5. Der Landtag distanziert sich zugleich von den teilweise wortgleichen Forderungen der Abgeordneten Andrea Ypsilanti, erschienen in der

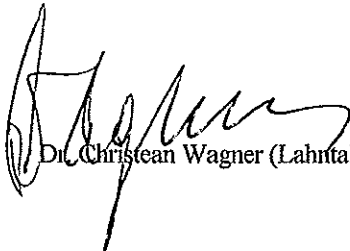
„Frankfurter Rundschau“ vom 10. Januar 2011 nach „systemverändernder Reformarbeit“, und „einer Gesellschaftsordnung des demokratischen Sozialismus“ sowie der Diffamierung der freiheitlichen europäischen Wirtschaftssysteme als „Terror der Ökonomie“.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

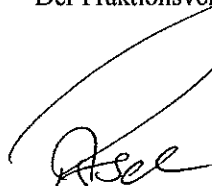
Wiesbaden, 25. Januar 2011

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:



Dr. Christean Wagner (Lahnthal)

Für die Fraktion der FDP  
Der Fraktionsvorsitzende:



Florian Rentsch